

Merkel sitzt Westerwelles Forderungen aus

Quelle: www.t-online.de, erschienen am 22. Februar 2010

Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht keinen Grund, sich in die Debatte über die Vorschläge von FDP-Chef Guido Westerwelle zur Bestrafung arbeitsunwilliger Hartz-IV-Empfänger einzuschalten. Dabei handele es sich um eine "erkennbar parteipolitische Diskussion", sagte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm.

Es gebe bereits einen umfangreichen Katalog an Sanktionsmöglichkeiten, wenn Leistungsempfänger zumutbare Arbeiten ablehnten. Er empfehle einen Blick ins Gesetz, sagte Wilhelm. "Das erleichtert ja manche Erkenntnis."

Zum Schneeschippen verpflichtet

Westerwelle hatte am Wochenende gefordert, junge und gesunde Empfänger von Sozialleistungen zu zumutbarer Arbeit wie Schneeschippen zu verpflichten. Wer sich dem verweigere, dem müssten die Mittel gekürzt werden, verlangte der FDP-Vorsitzende. Wilhelm wies darauf hin, dass Sanktionen nach geltendem Recht längst möglich seien. So könne die Regelleistung von Erwachsenen schon bei der ersten Pflichtverletzung um 30 Prozent, bei der zweiten um 60 Prozent gekürzt werden. Wer wiederholt zumutbare Arbeit ablehne, müsse mit dem Wegfall der gesamten Unterstützung rechnen.

Sanktionen längst möglich

Bei jungen Leuten unter 25 Jahren sei dies sogar schon bei der ersten Absage möglich, erläuterte Wilhelm. Ihnen könne – anders als Erwachsenen, die stärker von Obdachlosigkeit bedroht seien – im schlimmsten Fall sogar die Unterstützung für Unterkunft und Heizung versagt werden. Von Januar bis Oktober 2009 seien in insgesamt 600.000 Fällen Sanktionen verhängt worden.

Es besteht Gesprächsbedarf

Auch die Forderung nach einem Heranziehen junger Leute zum Schneeschippen stößt in der Regierung auf Vorbehalte. Dabei sei zu bedenken, dass solche Arbeiten im öffentlichen Interesse sein müssten und keine reguläre Arbeit verdrängen dürften, sagte Wilhelm. So stehe es im Gesetz. Er rechne nicht damit, dass das Thema Schneeschippen beim anstehenden Dreiergipfel von Merkel, Westerwelle und CSU-Chef Horst Seehofer eine Rolle spielen werde. Die drei Parteivorsitzenden wollen sich am Mittwochabend im Kanzleramt treffen. Die Koalition müsse jetzt die Frage der Jobcenter, die Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze und die geplante Änderung der Zuverdienstgrenzen für Arbeitslosengeld-II-Empfänger regeln. "Diesen Aufgaben wird sich die Koalition sachlich und konzentriert widmen", betonte Wilhelm.

FDP fordert klare Aussagen

Unterdessen hat die FDP von CDU und CSU klare Aussagen im Streit über Sozialleistungen gefordert. Nach einer FDP-Präsidiumssitzung sagte Generalsekretär Christian Lindner zur Haltung des Koalitionspartners: "Die Union muss einmal eine einheitliche Linie herstellen." Bislang gebe es bei CDU und CSU "keine Festlegungen, nur Stilkritik".